



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

DIE POLITISCHE DIMENSION VON ROHSTOFFEN: FORSTWIRTSCHAFT / ERDÖL

- | | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die FSC-Wald-Zertifizierung in Russland:
Das Zusammenspiel von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren
Von Maria Tysiachniouk, St. Petersburg | | 2 |
| ■ STATISTIK | | |
| Die russische Forstwirtschaft in Zahlen | | 6 |
| ■ ANALYSE | | |
| Die politischen Herausforderungen eines Erdölbooms:
Ressourcenfluch und politische Stabilität in Russland
Von Andreas Heinrich und Heiko Pleines, Bremen | | 7 |
| ■ STATISTIK | | |
| Die russische Erdöl- und Erdgasindustrie und ihr Einfluss auf die russische Wirtschaft | | 13 |
| ■ PRESSESTIMMEN | | |
| Die russische Berichterstattung zum zweiten »Marsch der Millionen« am 12. Juni 2012 in Moskau | | 15 |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 31. Mai bis zum 14. Juni 2012 | | 18 |



Die FSC-Wald-Zertifizierung in Russland: Das Zusammenspiel von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren

Von Maria Tysiachniouk, St. Petersburg

Zusammenfassung

Seit den frühen 1990er Jahren hat sich die russische Forstwirtschaft einem tiefgreifenden Wandel unterzogen, der sowohl von nationalen Reformen als auch von Internationalisierung bestimmt wurde. Obwohl die neu entstandene Marktwirtschaft in Russland Gefahren für die russischen Wälder mit sich brachte, ermutigte der grenzüberschreitende Einfluss der Marktkräfte auch zur Einführung von verantwortungsvollen Praktiken in der russischen Forstwirtschaft. Durch die Anstrengungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs) konnte die Zertifizierung des Forest Stewardship Council (FSC) in Russland etabliert werden. Der FSC bietet gleichzeitig Möglichkeiten für eine Integration der russischen Forstwirtschaft in europäische Märkte und für die Einführung globaler Praktiken nachhaltiger Forstwirtschaft in Russland. Der vorliegende Beitrag beschreibt, wie die NGOs die russische Regierung genauso wie Industrie und Öffentlichkeit für die FSC-Zertifizierung gewonnen haben.

Die FSC-Zertifizierung

Der FSC ist eine neue Form der nicht-staatlichen Regulierung, die Nachhaltigkeit durch marktwirtschaftliche Anreize schafft. Die Stärken des FSC werden in der Förderung verantwortlicher Waldnutzung, dem Erhalt der Biodiversität sowie dem Schutz lokaler Gemeinschaften und indigener Völker gesehen.

Der FSC hat ein freiwilliges Zertifizierungssystem entwickelt, das auf den Prinzipien der dreigliedrigen nachhaltigen Entwicklung basiert, welches ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekten in der Forstwirtschaft voraussetzt. FSC-zertifizierte Firmen können ihre Produkte zu etwas höheren Preisen anbieten und, noch wichtiger, erhalten Zugang zu sozial und ökologisch orientierten Kunden. Der FSC entwickelt mehrere Arten von Standards und bietet zwei Hauptarten von Zertifikaten: das Zertifikat für Forstwirtschaft (FSC-FM) und das für die Produktkette (FSC-COC). Das FM-Zertifikat garantiert, dass die Abholzung und andere Waldarbeiten gemäß der Prinzipien und Kriterien des FSC-Standards unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Komponenten nachhaltiger Waldnutzung vorgenommen werden. Das FSC-COC garantiert die Legalität des Nutzholzes und zeigt, dass der Weg des Holzes entlang der Produktkette von der Abholzung über alle Stationen bis hin zum Kunden, einschließlich Transport, Abfertigung und der Herstellung von Waren aus diesem Holz, überwacht wurde.

Der FSC umfasst nationale und regionale Büros. Nationale Repräsentanzen gibt es in Ländern mit großen Waldflächen wie Russland, Kanada, USA, Mexiko und China. Andere Länder werden von regionalen Büros des FSC koordiniert.

Die National Initiatives (nationale FSC-Repräsentanzen seit 2010) sind genauso organisiert wie der FSC Inter-

national und bestehen aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kammern mit jeweils gleichem Gewicht. Ihr Hauptziel ist es, nationale Standards zu entwickeln und den Zertifizierungsprozess im Land zu organisieren. Die Prinzipien und Kriterien sind global, die Indikatoren und Kontrollmechanismen werden jedoch jeweils im Land entwickelt. So sollen die globalen Standards an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasst werden.

Die FSC-Standards sind nicht starr und verallgemeinernd; es gibt viel Raum für Verhandlungen und Interpretationen auf allen Ebenen, was hilft, den Standard an lokale, soziale, politische und ökologische Anforderungen anzupassen. Diese Flexibilität ermöglicht es auch, eine Feedback-Schleife auf der transnationalen Ebene zu aktivieren und den Standard zu ändern, wenn er nicht zum jeweiligen lokalen Umfeld passt.

Der FSC in Russland

Die ersten FSC-Zertifizierungen in Russland kamen durch Marktbeziehungen zustande. Drei Unternehmen, (1) Kosichinski Leschos, in der Altaj Region mit dem Verarbeitungsbetrieb Timber Production Pricebatch Ltd., (2) Kowerninskij Leschos in der Region Nowgorod und (3) Holz Dammers GmbH in der Region Archangelsk, bekamen ihre Zertifikate ohne Hilfe vom WWF oder von Waldzertifizierungszentren. Das Unternehmen Kosichinski Leschos in der Altaj Region begann sich 1997 auf die FSC-Zertifizierung vorzubereiten und erhielt das Zertifikat im Jahr 2000. Ein weiterer Pionier war die Papierfabrik Wolga, die mit der FSC-Zertifizierung von Kowerninskij Leschos im Jahre 1996 begann und sie 2002 abschloss. Alle drei Unternehmen wurden privat zertifiziert, im Wesentlichen in Reaktion auf entsprechende Forderungen von ihren westlichen Mitinhabern und Partnern.

1998 begannen die Umweltschutzorganisationen WWF, Greenpeace, Social SEU und das Biodiversity Conservation Center (BCC) für die FSC-Zertifizierung in Russland mit einer Serie von Initiativen zu werben. Im Jahre 2000 startete der WWF die Association of Ecologically Responsible Forest Companies und berief eine Produzentengruppe ein; solche Gruppen wurden zu dieser Zeit nur in Russland und Brasilien gebildet. Die Förderung der FSC-Zertifizierung wurde durch den WWF fortgesetzt: durch das World Bank Alliance Projekt und später über WWF-Partnerschaften mit IKEA und Kooperationen mit regionalen Unternehmensverbänden der Holzwirtschaft. Die WWF-Demonstrationsprojekte dienten als Lehrstätten, anhand welcher gezeigt werden kann, wie intensive und/oder nachhaltige Forstwirtschaftsentwürfe arbeiten können. In Russland wie auch in anderen Ländern bietet die Entwicklung des nationalen Standards eine Verhandlungsplattform, auf der die Akteure den generellen internationalen Standard interpretieren und an spezifisch russische Umstände anpassen können.

Die National Initiative in Russland, zusammengesetzt aus ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Kammer, existierte für lange Zeit in Form einer Arbeitsgruppe für Waldzertifizierung, die im Mai 1998 gegründet und 2006 vom FSC International akkreditiert wurde. Parallel zur nationalen Gruppe wurden über verschiedene Zeiträume vier regionale Arbeitsgruppen für die FSC-Zertifizierung organisiert: in der Komi-Republik, in den Regionen Archangelsk und Krasnojarsk sowie im Fernen Osten. Alle diese Gruppen arbeiteten an nationalen und regionalen FSC-Standards.

Die Entwicklung und Akkreditierung des russischen nationalen FSC-Standards war ein sehr langer Prozess, der mehr als zehn Jahre in Anspruch nahm. Die Entwickler des nationalen Standards hatten Probleme, folgende zwei Prozesse im Gleichgewicht zu halten: die Änderung des Standards einerseits, um ihn an die Bedingungen des Landes anzupassen und ihn andererseits im Rahmen des globalen Standards zu halten. Im Jahr 2008 wurde letztendlich die sechste Version mit einigen Korrekturwünschen akkreditiert.

Die nationale FSC-Repräsentanz in Russland wurde im Februar 2005 mit einer Anschubfinanzierung des Beihilfeprogramms der Europäischen Union gegründet. Die FSC-Repräsentanz in Russland ist hauptsächlich mit der Koordination der FSC-Aktivitäten in Russland beschäftigt, obwohl sie auch für die gesamte GUS zuständig ist. Aktivitäten in den anderen GUS-Ländern begannen ernsthaft aber erst 2009/10.

Die Zuständigkeiten der Repräsentanz in Russland beinhalten die Koordination der gesamten Arbeit, die mit der FSC-Zertifizierung im Land zu tun hat. Dabei geht es konkret um die Abstimmung mit der National Initiative,

dem FSC Russia Board of Directors, den Zertifizierungsinstitutionen und den verschiedenen Interessenvertretern aller betroffenen Gruppen. Die Repräsentanz bietet Informationen, führt die Datenbank zertifizierter Unternehmen und verbreitet die Nachrichten des FSC International Coordination Centers unter allen interessierten Parteien in Russland. In der Repräsentanz können alle Interessengruppen Informationen zu neuen Zertifizierungsrichtlinien und Methodikleitfäden zu verschiedenen Aspekten der Zertifizierung sowie Informationen über Trainingsangebote und Veranstaltungen erhalten. Bei der Reorganisation im Jahr 2010 wurde aus der FSC-Repräsentanz und der National Initiative eine Organisation, die vom FSC Russia Board of Directors geführt und vom FSC International und Mitgliedsbeiträgen finanziert wird.

Umfang der Zertifizierung

Bezogen auf den Umfang der mit FSC-Zertifikaten bewirtschafteten Waldfläche liegt Russland nach Kanada weltweit auf dem zweiten Platz. Von den zehn großen russischen Holdings in der Forst- und Holzwirtschaft sind neun zertifiziert und viele kleinere Unternehmen befinden sich im Zertifizierungsprozess. Insgesamt wurden bis Anfang Mai dieses Jahres 117 Forstwirtschaftszertifikate ausgestellt, die etwa 30 Mio. ha Waldfläche umfassen. Außerdem sind 215 Produktketten zertifiziert worden.

Dabei variiert die Beteiligung an der FSC-Zertifizierung zwischen den Regionen des Landes. Sie ist im europäischen Teil am größten, insbesondere wegen der Bedeutung der Zertifikate für den Zugang zum europäischen Markt, boomt derzeit in Sibirien und hat erst kürzlich im Fernen Osten begonnen. Eine hohe Nachfrage der asiatischen Märkte nach nicht-zertifiziertem Holz, besonders in China, genauso wie korrupte russische und chinesische Netzwerke und illegale Abholzungen haben einen schnellen Ausbau der Zertifizierung im Fernen Osten Russlands behindert. Bei 30 Mio. ha zertifizierter Fläche sind 70 % der Zertifikate für den Nordwesten Russlands ausgestellt, 22 % für Sibirien und nur 8 % für Russlands Fernen Osten. Mit dem rasanten Wachstum der Zertifizierung wurde die Qualität der Zertifikate zu einem Thema. Der FSC verstärkte die Überwachung und in Gebieten von etwa 1,9 Mio. ha wurden von 2008 bis 2012 Zertifikate vorübergehend ausgesetzt, bis sich die Waldbewirtschaftung verbesserte.

Globale und nationale Standards

Die Zertifizierung wird von nicht-staatlichen Akteuren, d. h. umweltbewussten Unternehmen und NGOs, vorangetrieben und bezieht sich auf den Bereich der nicht-staatlichen Verwaltung der Waldressourcen. Ihre Beziehung mit staatlichen Institutionen hat sich in Russland nur schwer entwickelt.

In Russland gibt es Widersprüchlichkeiten zwischen der Gesetzgebung und den Forderungen des FSC. Das Land hat seit der Sowjetzeit immer wieder Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt in Tier- und Naturschutz ergriffen. Diese Maßnahmen betreffen aber nicht den Bereich der kommerziellen Waldnutzung, während die Zertifizierung gerade in diesem Bereich Regelungen vorsieht. Das aktuelle russische Gesetz zur Forstwirtschaft, das im Dezember 2006 verabschiedet wurde, vernachlässigt dementsprechend im Prozess der Zertifizierung entwickelte Innovationen. 1995 ratifizierte Russland die Biodiversitäts-Konvention, deren Regelung konform mit dem FSC-Standard ist. Artikel 1 des russischen Gesetzes von 2006 erklärt die Konvention für verbindlich. Allerdings hat der russische Staat keine angemessenen Regelungen ausgearbeitet, die die Umsetzung gewährleisten würden.

Beispielsweise wurde das Konzept von Schlüsselbiotopen, eine Anforderung des FSC, in den russischen Waldgesetzen nicht einmal erwähnt. Ein anderes Beispiel ist, dass die russische Gesetzgebung vorsieht, Urwälder nur zu bewahren, wenn sie zur ersten Waldkategorie gehören (Wälder, die nahe an Wasserstraßen liegen, wertvolle Arten enthalten oder sich in besonders geschützten Gebieten befinden). Wenn Forstunternehmen Gebiete für die kommerzielle Forstwirtschaft pachten, enthalten diese Gebiete meist Urwälder, die eine relative große, intakte Waldlandschaft bilden, insbesondere in Archangelsk, Komi, Karelien, Sibirien und im Fernen Osten Russlands. Laut der FSC-Zertifizierung gehören diese Urwaldlandschaften zu Wäldern mit hohem Schutzwert und müssen erhalten werden.

Indigene Völker

Eine weitere Herausforderung für den FSC in Russland ist die Rolle indigener Völker. Der Grund dafür ist ein unterschiedliches Verständnis des Begriffs »indigene Völker« durch die russische Gesetzgebung und den FSC National Standard. Die russische Gesetzgebung erkennt nur kleine Bevölkerungen im Norden (weniger als 50.000 Personen) als indigen an. Der russische FSC National Standard erkennt jede Gemeinschaft als indigenes Volk an, die aus einer oder mehreren ethnischen Gruppen besteht und traditionelle Waldnutzung betreibt.

Mehrere bewaldete Regionen Russlands werden von indigenen Völkern bewohnt. Indigene Kulturen in ganz Russland – die Komi, Korjaken, Itelmen, Udegeis, Tschuktschen im Norden und viele andere – haben durch die russische Geschichte hindurch sehr gelitten. In der Zarenzeit brachte die Expansion des Russischen Reiches nach Osten das Christentum genauso wie plündernde Kosaken, die Abgaben in Form von Pelz von den Ureinwohnern verlangten. Später brachte die Politik der Sowjetunion gegenüber indigenen Völkern noch weiter-

reichende Veränderungen in Bezug auf ihre Kulturen und Lebensweisen. Das staatliche Komitee für die zahlenmäßig kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens beaufsichtigte eine Politik, die die indigenen Völker zu vollständig ortsgebundenen Bürgerinnen und Bürgern einer modernen sowjetischen Gesellschaft machen wollte. Die Politik der »Zentralisierung« machte aus eigenbedarfsbasierten Lebensgemeinschaften stärker zentralisierte Dörfer, die von subventionierter staatlicher Versorgung abhängig wurden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Subventionen abrupt eingestellt, die Wirtschaft im ländlichen Raum brach zusammen und die indigene Bevölkerung wurde noch mehr entmündigt.

Die FSC-Zertifizierung hat das Potential, die Rechte dieser Menschen zu definieren und zu schützen. Allerdings bleibt dieses Problem sehr komplex. Spannungen und Konflikte bezüglich der Rechte indigener Völker treten in allen zertifizierten Gebieten auf, in denen diese Gruppen leben. Einige ethnische Gruppen sind nicht daran interessiert, als indigenen »qualifiziert« zu werden, während andere nach Anerkennung streben.

FSC und Staat

Der FSC Russland legt großen Wert auf verbesserte Beziehungen mit staatlichen Organen und versucht, Lobbyarbeit für wichtige Veränderungen in der nationalen Gesetzgebung zu betreiben. Für diesen Zweck wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, um Widersprüche aufzulösen zwischen den Anforderungen der FSC-Zertifizierung und dem russischen Gesetz zur Forstwirtschaft, besonders bezüglich Fragen der Biodiversität, die der Stein des Anstoßes für die Unternehmen im Zertifizierungsprozess waren. Die Arbeitsgruppe erzielte zwar einige Ergebnisse, schaffte es jedoch nicht, das Problem endgültig zu lösen.

Ein Durchbruch für die Beziehung der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure gelang bei den parlamentarischen Anhörungen über »die Rechtsgrundlagen der Waldzertifizierung für die Gewährleistung der Legalität von Exporten und Importen von Nutzholz und verarbeitetem Holz«, die am 20. Mai 2010 stattfanden. Parlamentarier, Vertreter von Rosleschos, der russischen staatlichen Forstverwaltung, das Ministerium für Landwirtschaft, der WWF, der FSC und große Holdingunternehmen nutzten den Mitbestimmungsansatz für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Fragen zu Widersprüchen zwischen den Anforderungen des FSC und der russischen Gesetzgebung wurden angesprochen. Der Ausschuss für Rohstoffe, Naturnutzung und Ökologie hat eingewilligt, eine Plattform für Verhandlungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu werden.

Kurz nach den parlamentarischen Anhörungen wurde die Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Forst-

gesetzgebung mit den FSC-Standards gebildet und hatte ihre erste Sitzung. Der FSC bekam wieder eine Gelegenheit, strittige Fragen mit staatlichen Behörden zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden jedoch im September 2010 aufgrund einer Neuorganisation der staatlichen Behörden eingefroren. Im April 2011 wurde dann unter der Ägide der staatlichen Forstverwaltung, Rosleschos, der Öffentliche Rat für Fragen des Waldes einberufen. Die Teilnehmer bestätigten die Notwendigkeit einer Modernisierung der Forstgesetzgebung. Regierungsvertreter und NGOs diskutierten erneut über die Widersprüche zwischen den Anforderungen des FSC und den gesetzlichen Vorgaben. Sie analysierten die Konflikte, die durch diese Widersprüche entstanden sind, und beschloss, die Arbeit an der Harmonisierung der russischen Gesetzgebung mit den FSC-Standards zu intensivieren.

FSC-Nachfrage auf dem Binnenmarkt

Derzeit besteht nur eine sehr geringe Nachfrage nach Produkten mit FSC-Kennzeichnung auf dem russischen Markt. Der WWF und der FSC zielten beide darauf ab, mit Hilfe staatlicher Politik eine höhere Binnennachfrage nach zertifizierten Produkten zu erreichen. Die nationale FSC-Repräsentanz und der WWF starteten im Jahr 2008 eine Kampagne zur Förderung der FSC-Zertifizierung im russischen Binnenmarkt. Sie organisierten eine Informationskampagne mit Unternehmen und Vertretern staatlicher Strukturen, um die Vorteile der Zertifizierung zu erklären. Die jüngsten Gesprächsrunden in den Jahren 2010 bis 2012 wurden mit dem Ziel organisiert, umweltfreundliche Beschaffungsprogramme und -politiken in Russland zu fördern.

Regierungsbehörden in Russland reagieren in der Regel am ehesten auf die Forderungen großer Unternehmen. Daher können transnationale Konzerne, die in Russland arbeiten, erheblichen Einfluss auf die nationale Politik haben. Es gibt in Russland mehrere Firmen, die die FSC-Zertifizierung auf dem Binnenmarkt einführen

und die Sichtbarkeit und Wiedererkennung des FSC-Markenzeichens fördern; dazu gehört das die Papierfabrik in Syktywkar betriebene Unternehmen Mondi Business Paper mit ihrer Produktreihe Snegurotschka. Außerdem haben drei Druckbetriebe ihre Produktkette zertifizieren lassen. Die Holdingfirma Investlesprom produziert Verpackungen aus Papier und eine ihrer Tochterfirmen ist an umweltbewusstem Bau, basierend auf FSC-zertifiziertem Holz, beteiligt.

Wie in anderen Ländern auch, sind die Olympischen Spiele in Russland eine der treibenden Kräfte für die Nachfrage FSC-zertifizierter Produkte, da das Olympische Komitee von den Spielen verlangt, umweltbewusst zu sein. Im Jahre 2008 genehmigten Rosleschos und der Präsident der Russischen Föderation ein Abkommen mit dem FSC darüber, dass nur zertifiziertes Holz bei den Bauprojekten für die Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 verwendet wird. Im April 2011 wechselte die staatliche Agentur Olympstroj, die für die Bauvorhaben zur Durchführung der Olympiade verantwortlich ist, zu FSC-zertifiziertem Büropapier und -möbeln. Leider werden in der Praxis nicht alle Punkte der Vereinbarung in vollem Umfang umgesetzt.

Die nationale FSC-Repräsentanz führt Verhandlungen über den Wechsel aller staatlichen Beschaffungen zu FSC-zertifizierten Produkten fort. Im Mai 2010 hat der Staatsrat der Russischen Föderation, welcher den Präsidenten berät, den Beschluss gefasst, das Staatliche Beschaffungsprogramm umweltbewusster zu gestalten. Eine Umsetzung dieses Beschlusses wird dazu beitragen, die Nachfrage nach FSC-Produkten auf dem Binnenmarkt zu fördern. In den Jahren 2011 bis 2012 läuft die zweite Phase der FSC-Kampagne, in der staatliche Einrichtungen, der Einzelhandel und die Verbraucher wichtige Zielgruppen sind, so dass die Hoffnung besteht, dass der Kauf von FSC-Produkten durch staatliche Stellen in die Praxis umgesetzt wird.

Übersetzung: Irene Ramchen

Über die Autorin:

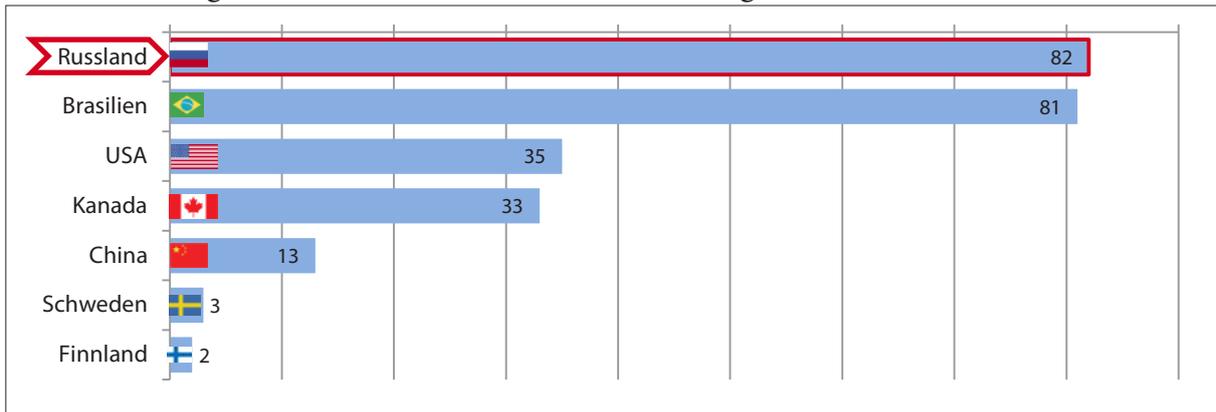
Dr. Maria Tysiachniouk ist derzeit Vorsitzende der Gruppe für Umweltsoziologie am Center for Independent Social Research in St. Petersburg. Sie hält einen Master of Science in Environmental Studies des Bard College, NY, einen Dokortitel der Russischen Akademie der Wissenschaften in Biologie und ein Zertifikat in Nonprofit Studies von der Johns Hopkins University. Sie ist Mitglied des Vorstandes von FSC in Russland. Sie betreibt intensive Feldforschung zur globalen Verwaltung natürlicher Ressourcen, einschließlich Wäldern und Erdöl und erforschte die Rolle von transnationalen ökologischen Organisationen bei der Förderung der Waldzertifizierung in Russland, Weißrussland, Brasilien, Südafrika, Westeuropa und China. Insgesamt hat sie mehr als 150 Publikationen zu ihren Forschungsthemen verfasst.

Lesetipps:

- Webseiten des FSC: www.fsc.ru (Russland) und www.fsc.org (International Center)
- Tysiachniouk, Maria (2012): »Fostering Transparency in the Transnational Supply Chain: From Russian Forest Producers to Consumers in Europe and the USA« in *Forest Policy and Economics*, online verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.1016/j.forpol.2012.02.011>

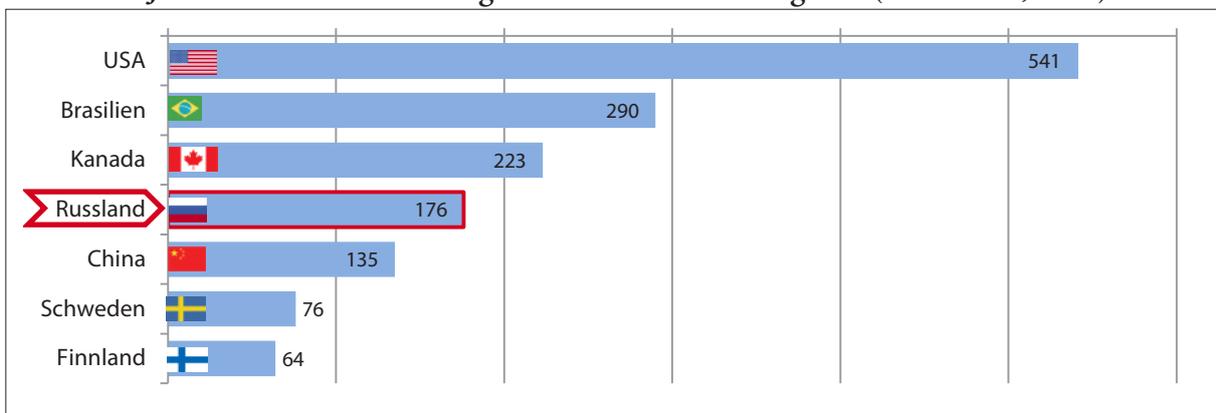
Die russische Forstwirtschaft in Zahlen

Grafik 1: Menge der Holzvorräte im internationalen Vergleich (in Mrd. m³, 2010)



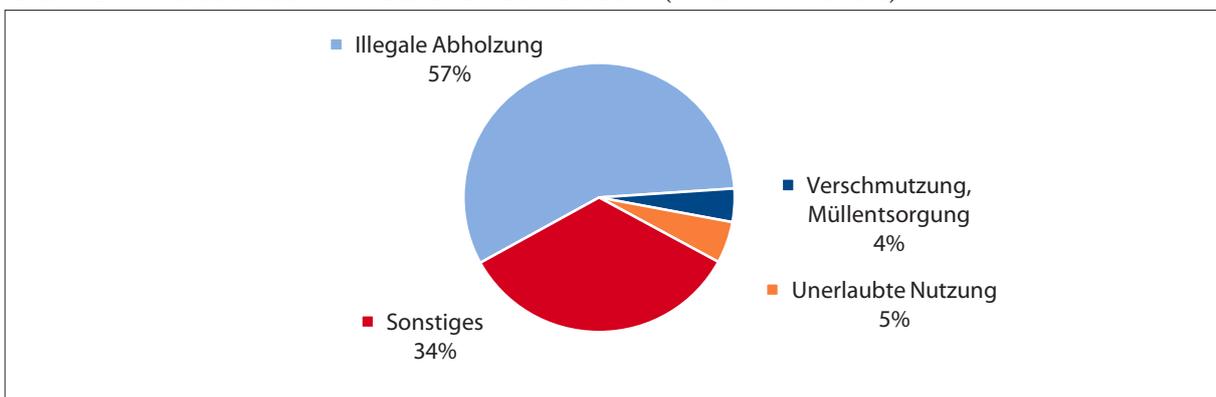
Quelle: Russische Staatliche Forstverwaltung, <http://www.rosleshoz.gov.ru/media/appearance/57/Slajd3.JPG>

Grafik 2: Jährliche Holzverarbeitung im internationalen Vergleich (in Mio. m³, 2010)



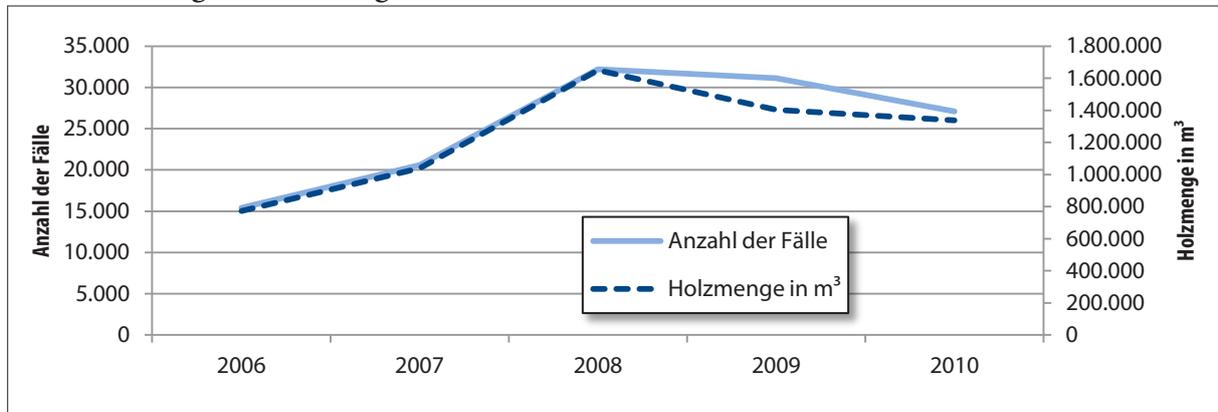
Quelle: Russische Staatliche Forstverwaltung, <http://www.rosleshoz.gov.ru/media/appearance/57/Slajd4.JPG>

Grafik 3: Waldschäden in Russland nach Ursache (Anteil in Prozent)



Quelle: Russische Staatliche Forstverwaltung, <http://www.rosleshoz.gov.ru/media/appearance/57/Slajd18.JPG>

Grafik 4: Illegale Abholzungen 2006–2010



Quelle: Russische Staatliche Forstverwaltung, <http://www.rosleshoz.gov.ru/media/appearance/57/Slajd18.JPG>

Zusammengestellt von Irene Ramchen

ANALYSE

Die politischen Herausforderungen eines Erdölbooms: Ressourcenfluch und politische Stabilität in Russland¹

Von Andreas Heinrich und Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Dieser Beitrag diskutiert die politischen Herausforderungen, die durch den Ölboom in Russland entstanden sind. Dies betrifft besonders die Regulierung von ausländischen Direktinvestitionen, die Rolle staatlicher Energieunternehmen und die Verwaltung der Einnahmen aus den Rohstoffexporten. Die konkreten Maßnahmen in diesen Bereichen werden abschließend in den Kontext des politischen Regimes eingeordnet.

Einleitung

Gemäß der landläufigen Einschätzung müssten Staaten, die über natürliche Ressourcen in Form von Bodenschätzen verfügen, eine bessere Wirtschaftsentwicklung aufweisen als rohstoffarme Staaten. Trotzdem ist die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung von rohstoffreichen Volkswirtschaften eher enttäuschend; Russland bildet hier keine Ausnahme. Die ersten wissenschaftlichen Konzepte, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzten, waren der Rentierstaatsansatz und der Ansatz der »holländischen Krankheit« (Dutch disease).

Der Rentierstaatsansatz wurde im Zusammenhang der Entstehung der Erdölstaaten des Mittleren Ostens entwickelt. Die Grundannahme ist, dass im Zuge eines Erdölbooms große externe Renten in eine Volkswirtschaft fließen, d. h. bedeutende Einnahmen (aus dem Export von Erdöl) erzielt werden, ohne dass größere Kapitalinvestitionen notwendig gewesen wären (da in einer Boomphase die Weltmarktpreise für Erdöl bedeutend höher als die Produktionskosten sind). Dieser Ansatz wurde zuerst 1970 von Hossein Mahdavy in einer vergleichenden Studie zum Iran benutzt. Er betonte, dass der große Anteil externer Renten am Staatshaushalt bedeutende Konsequenzen für das politische System eines Landes hat: "A government that can expand its services without resorting to heavy taxation acquires an independence from the people seldom found in other countries. However, not having developed an effective

¹ Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des von der Volkswagen Stiftung geförderten Forschungsprojekts »Energiesektor und politische Regimestabilität im Kaspischen Raum. Kasachstan und Aserbaidschan in vergleichender Perspektive«, welches von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen zwischen 2009 und 2011 durchgeführt wurde.

administrative machinery for the purposes of taxation, the governments of rentier states may suffer from inefficiency in any field of activity that requires extensive organizational inputs. In political terms, the power of the government to bribe pressure groups or to coerce dissidents may be greater than otherwise. By the same token, this power is highly vulnerable since the stoppage of external rents can seriously damage the government.”

Die negativen makroökonomischen Auswirkungen eines Rohstoffbooms werden unter dem Begriff »holändische Krankheit« zusammengefasst. Dieser Begriff wurde in den 1970er Jahren vom britischen Wochenmagazin »The Economist« geprägt, das die Wirtschaftsentwicklung der Niederlande nach Erdölfunden in der Nordsee untersuchte. Ausgangspunkt dieses Konzepts ist der Zufluss großer Mengen von Petro-Dollars, der zu einem Anstieg des Wechselkurses führt. Dies wiederum hat zwei entscheidende Konsequenzen: eine hohe Inflationsrate und eine verminderte internationale Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Nicht-Rohstoffsektors, was potentiell zu einer Deindustrialisierung führen kann. Gleichzeitig beschäftigt die Öl- und Gasindustrie nur eine geringe Anzahl an Menschen und induziert keine Modernisierung oder Innovationsprozesse für die gesamte Volkswirtschaft eines Landes.

Seit den späten 1980er Jahren untersuchten viele makro-statistische Studien die Korrelation zwischen Rohstoffboom und vielfältigen länderspezifischen Indikatoren mit dem Ergebnis, dass der Reichtum an Rohstoffen die Wahrscheinlichkeit von negativen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen (z. B. eine schlechte Wirtschaftsentwicklung, steigende soziale Ungleichheit, verbreitete Armut, eine schwach entwickelte Demokratie, weit verbreitete Korruption und sogar die Gefahr von Bürgerkriegen) erhöht. In diesem Zusammenhang wurde in einem 1993 veröffentlichten Buch von Richard Auty der Begriff des Ressourcenfluchs (resource curse) gebraucht. Diese Literatur hat sich als sehr einflussreich erwiesen: die Idee, dass Ressourcenreichtum schlecht für die Entwicklung eines Landes sei, ist heute weitgehend akzeptiert.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Forschung ist es allerdings noch immer nicht gelungen, endgültige Aussagen über die Effekte – geschweige denn über die Kausalmechanismen – des Ressourcenfluchs zu produzieren. Die widersprüchlichen Ergebnisse sind vor allem der sehr unterschiedlichen Qualität des Zahlenmaterials, der Operationalisierung der Variablen und der Konstruktion statistischer Modelle geschuldet. Bei der Analyse regionaler Unterschiede kommt Thad Dunning (2008) zu dem Ergebnis, dass Rohstoffe in vielen Regionen der Welt einen nachteiligen Einfluss ausüben, sich aber ein deutlich positiver politischer Einfluss auf die Entwick-

lung in Lateinamerika nachweisen lässt. Desweiteren haben einige rohstoffreiche Staaten, allen voran Norwegen, einen Ressourcenboom sehr gut gemeistert und die negativen Auswirkungen abgewendet oder zumindest abgeschwächt.

Das Konzept der resource challenges

Aus diesem Grunde bildet sich in der wissenschaftlichen Literatur zunehmend ein Konsens heraus, wonach schwache Institutionen zentral für die Erklärung der negativen Effekte eines Rohstoffbooms sind. Demnach sind die negativen Konsequenzen eines Ressourcenbooms keineswegs ein unabwendbarer »Fluch«, sondern vielmehr ein Phänomen, das durch adäquate Politikentscheidungen bearbeitet werden kann. Wenn man aber davon ausgeht, dass bestimmte Erscheinungsformen des Ressourcenfluchs durch Politikentscheidungen beeinflusst werden können, dann wird der politische Entscheidungsprozess zu einem wichtigen Erklärungsfaktor. Daher erscheint es angemessen, von resource challenges, verstanden als Herausforderungen eines Rohstoffbooms an Politikgestaltung, anstatt von Ressourcenfluch zu sprechen.

So sind mehrere Gruppen von Herausforderungen identifizierbar, die durch einen Erdöl-/Erdgasboom ausgelöst werden können. Um die Vergleichbarkeit der verschiedenen Politikentscheidungen bezüglich ähnlich gelagerter Herausforderungen zu gewährleisten, ist es sinnvoll, die resource challenges nach Politikfeldern zu sortieren und die Entwicklung der Politikentscheidungen im Zeitverlauf zu untersuchen. Natürlich sind diese Politikfelder miteinander verwoben und Entscheidungen in einem Feld beeinflussen die Politikentscheidungen in anderen Politikfeldern.

- Eine der grundlegendsten resource challenges besteht darin, die Kontrolle über die Bodenschätze sicherzustellen, indem das staatliche Gewaltmonopol und das staatliche Eigentum über die Bodenschätze oder die staatliche Verfügungsgewalt über den Erlös ihres Verkaufes garantiert wird. Diese staatlichen Ansprüche können durch andere Staaten unterwandert werden, die die Rohstoffabbaugebiete zu annektieren suchen, durch separatistische Bewegungen in den Förderregionen oder durch bewaffnete Banden, die mit Gewalt versuchen, Rohstoffrenten zu extrahieren. In Falle von offshore-Vorkommen kann die Regelung von Eigentumsrechten internationalem Recht und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit unterliegen.
- Eine weitere Gruppe von Herausforderungen stellt die Regulierung der Rohstoffproduktion dar, angefangen bei der Vergabe von Eigentums- und Nutzungsrechten über Besteuerung und ausländische Direktinvestitionen bis hin zu Umweltschutzaufgaben, sowie die Verhandlungen mit ausländischen

Investoren und die Frage der Errichtung eines staatlichen Förderunternehmens.

- Eine dritte Gruppe umfasst die Errichtung einer Exportinfrastruktur, da sich ein Öl-/Gasboom nur entwickeln kann, wenn ein Großteil der Produktion exportiert wird. Für die meisten erdölproduzierenden Länder beinhaltet dies lediglich die Schaffung von geeigneten Hafenanlagen. Einige Erdölproduzenten verfügen aber nicht über einen Zugang zum offenen Meer; sie sind auf den Bau von Exportpipelines angewiesen. Dasselbe gilt für die meisten Erdgasproduzenten, da Pipelines für Erdgas weiterhin die mit Abstand kostengünstigste Transportmöglichkeit darstellen.
- Weitere Herausforderungen betreffen die Verwaltung der durch den Rohstoffexport erzielten Einnahmen. Dies umfasst zum einen die Herausforderungen, die mit der »holländischen Krankheit« beschrieben werden, und zum anderen die Entwicklung einer Haushaltspolitik, die festlegt, wie die Einnahmen verwendet werden und welcher Teil unter welchen Bedingungen dem Staatshaushalt zugeführt wird. In autoritären Regimen können die Einnahmen aus dem Rohstoffexport genutzt werden, um die Regimestabilität zu erhöhen, wie dies vom Rentierstaatsansatz beschrieben wurde.
- Die fünfte Gruppe der resource challenges umfasst die effektive Implementierung der entwickelten Politikkonzepte (unabhängig von ihren spezifischen Inhalten). Das Hauptaugenmerk liegt hier auf Verwaltungsreformen oder Anti-Korruptionsmaßnahmen, da der Zufluss von Petro-Dollars das Risiko von Veruntreuung und Bestechung dramatisch erhöht.
- Die letzten beiden Gruppen von Herausforderungen, die langfristiger Natur sind, beziehen sich auf eine Industriepolitik zur Diversifizierung der Volkswirtschaft jenseits des Rohstoffsektors und auf die sozioökonomische Entwicklung zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Natürlich sind – abhängig von den länderspezifischen Bedingungen – nicht alle dieser resource challenges relevant und manche sind drängender als andere. Das bedeutet, dass jedes Land, welches einen Ressourcenboom erlebt, mit einer sehr spezifischen Kombination von Herausforderungen und Problemen konfrontiert ist. Zudem reagieren verschiedene politische Akteure zum Teil sehr unterschiedlich auf dieselben Herausforderungen, wodurch sich das Ergebnis von Politikentscheidungen verändert. Diese Sachverhalte bringen ein dynamisches Element in das Konzept der resource challenges. Kurzfristig kann ein Wechsel in der Führung eines Landes (oder selbst die Tatsache, dass ein Staatsführer seine Meinung ändert) dazu führen, dass ein Politikwechsel

bezüglich der resource challenges eintritt. Langfristig kann sich auch die Kombination der Herausforderungen oder die Dringlichkeit ihrer Bearbeitung ändern.

Resource challenges im post-sowjetischen Raum

Die länderspezifischen Bedingungen für Russland, meist eine Hinterlassenschaft der Sowjetzeit, bestimmen weitestgehend die relevanten resource challenges. Da die Produktion der sowjetischen Erdöl- und Erdgasindustrie im Landesinneren in Westsibirien konzentriert war, erlangte die Sowjetunion nie die Fähigkeiten zur offshore-Produktion. Die Wirtschaftskrise in der Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion führte zu Kapitalengpässen für große Explorations- und Entwicklungsprojekte im Energiesektor. Fehlende Finanzmittel, unzureichende Technologie und mangelnde Erfahrung schufen ein starkes Bedürfnis nach ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Gleichzeitig existierten keine rechtlichen Regelungen bezüglich Eigentumsrechten und Investitionen. Die resource challenges der Regulierung des Erdöl- und Erdgassektors waren deshalb für Staaten der ehemaligen Sowjetunion von besonderer Wichtigkeit.

Die Erfahrungen von Hyperinflation, schwachen Finanzinstitutionen und geringer internationaler Wettbewerbsfähigkeit machten Russland zudem besonders anfällig für die »holländische Krankheit« und von daher die Verwaltung der Finanzflüsse aus den Rohstoffexporten umso wichtiger. Zudem zeichnet sich die weiterhin sowjetisch geprägte Bürokratie durch schwache Verwaltungskapazitäten aus und auch die Bekämpfung der Korruption stellt eine wichtige Herausforderung dar.

Die Fördergebiete von Erdöl und Erdgas befinden sich weit entfernt von Verladehäfen und Absatzmärkten, was zur Folge hat, dass Exporteinnahmen nur generiert werden können, wenn ein funktionierendes System von Exportpipelines zur Verfügung steht.

Die Nostalgie großer Teile der Bevölkerung für das sowjetische Wohlfahrtssystem hat desweiteren das Potential, Druck auf die politische Führung auszuüben und die Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen oder zumindest die Beibehaltung großer Teile des sowjetischen Sozialsystems zu fordern.

Die Regulierung von ausländischen Direktinvestitionen

Ohne vorhandene rechtliche Regelungen sahen alle post-sowjetischen Staaten Production sharing agreements (PSA) als bevorzugte Regelungen für FDI im Erdöl- und Erdgassektor an. Diese fallspezifischen Abkommen sind von administrativen und legislativen Änderungen im Gastland ausgenommen und bieten Investoren so weitreichende Sicherheiten.

Auch wenn Gastland und (ausländischer) Investor komplementäre Interessen haben, beide profitieren von einer steigenden Erdöl-/Erdgasproduktion, haben diese Gemeinsamkeiten ihre Grenzen. Einerseits können große multinationale Unternehmen einen Informationsvorteil haben, da sie oft über bessere Kenntnisse der Förderstätte verfügen und somit die finanziellen und technischen Notwendigkeiten sowie die möglichen Gewinne besser abschätzen können. Andererseits erfordert die Förderung von Erdöl und Erdgas hohe Kapitalaufwendungen. Dadurch ist das Gastland in der Lage, bereits getätigte Investitionen als »Geisel« zu nehmen und einen größeren Anteil an den Gewinnen einzufordern und/oder die Eigentums- und Nutzungsrechte des Investors mittels Enteignung zu verringern.

Der russische Staat hat sich als bemerkenswert unentschlossen in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen in der Erdöl- und Erdgasindustrie erwiesen, hin und hergerissen zwischen dem dringenden Bedarf an Investitionen zur Modernisierung eines der wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes und der Angst, die Kontrolle über diesen wichtigen Sektor an ausländische Investoren zu verlieren. Welcher dieser beiden Aspekte gerade die Oberhand gewann, hing von der jeweiligen politischen und ökonomischen Situation des Landes ab. Bis 1992, als die Begeisterung für marktwirtschaftliche Reformen noch anhielt, wurden die rechtlichen Grundlagen für die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures) gelegt. Als aber die öffentliche Meinung umschwenkte und eine anti-kapitalistische Stimmung um sich griff, wurden die Restriktionen für ausländische Investitionen verschärft. Nach der Finanzkrise von 1998 waren ausländische Investoren allerdings die einzig mögliche Kapitalquelle; daher wurde eine attraktive PSA-Regulierung umgehend eingeführt. Wachsende Einnahmen durch den starken Anstieg des Weltmarktpreises für Erdöl haben das Interesse an ausländischen Direktinvestitionen in Russland in den 2000er Jahren aber wieder abkühlen lassen. Im Zuge eines Ressourcennationalismus hat sich vielmehr die Rolle staatlicher Energieunternehmen wieder erhöht.

Russland liegt damit in einem internationalen Trend: die Verlockung enormer Profite hat viele erdölproduzierende Länder dazu veranlasst, zu versuchen, ihren vertraglich festgeschriebenen Anteil an den Einnahmen zu erhöhen, oft unter Verletzung der Rechte der Investoren. Russische Behörden bemühten sich, den Anteil des Landes an den Erdöl-/Erdgaseinnahmen zu erhöhen, indem die Rechte der an den Projekten beteiligten ausländischen Unternehmen unterminiert wurden, z. B. durch Anschuldigungen, die Umweltauflagen verletzt oder vertragliche Verpflichtungen nicht erfüllt zu haben. Sobald aber die Verträge zugunsten der russischen Seite umge-

ändert waren, wurden diese Anschuldigungen schnell fallengelassen. Dadurch haben russische Unternehmen mittlerweile in allen Erdöl- und Erdgasförderprojekten im Land eine führende Rolle eingenommen.

Die Förderung nationaler Erdöl- und Erdgasunternehmen

Als ein Instrument, um eine dominante Rolle bei der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen einzunehmen und die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen für ihre Förderung zu erlangen, dienen nationale Förderunternehmen, die gleichzeitig gewährleisten, dass die Regierung die Souveränität und Kontrolle über die heimischen Bodenschätze behält.

Während in der russischen Erdgasindustrie das Monopolunternehmen Gazprom unter staatlicher Kontrolle verblieb, wurden große Teile der Erdölindustrie in den 1990er Jahren privatisiert. Es wurden auch keine Vorkehrungen getroffen, bestimmte Förderstätten ausschließlich für staatliche Unternehmen zu reservieren. Dies resultierte darin, dass sich der Anteil der staatlichen Unternehmen an der Erdölförderung auf unter 15 % im Jahre 2002 reduzierte. Während der Präsidentschaft von Wladimir Putin wurde dieser Trend allerdings gestoppt und die Unterstützung der Regierung für die staatlichen Förderunternehmen im Rahmen des Ressourcennationalismus führte dazu, dass sich der Förderanteil staatlicher Unternehmen zwischen 2004 und 2007 verdreifachte (siehe Grafik 1 im Anschluss an diesen Beitrag). In der Ölindustrie wurde diese Trendwende vor allem durch politischen Druck und dubiose juristische Maßnahmen herbeigeführt. Die Jukos-Affäre ist dafür wohl das bekannteste Beispiel. In der Folge wurde das staatliche Ölunternehmen Rosneft zum führenden Akteur der russischen Erdölindustrie.

Viele Experten betrachten die dominierende Rolle staatlicher Unternehmen als einen Hauptgrund für ineffizientes Rohstoffmanagement. Diese Ansicht setzt allerdings Wettbewerbsmärkte voraus. Der Rohstoffsektor ist aber grundsätzlich durch die Dominanz einiger weniger Unternehmen gekennzeichnet. Zudem erschweren extreme economics of scale den Eintritt neuer Firmen in den Sektor. In seiner Analyse der Rolle von Staatsunternehmen im Erdöl- und Erdgassektor kommt Joseph Stiglitz (2007) deshalb zu dem Ergebnis, dass in einem solchen Umfeld Privatunternehmen nicht notwendigerweise effizienter arbeiten als Staatsunternehmen. Vielmehr komme es auf die institutionellen Rahmenbedingungen und die politische Einstellung der jeweiligen Regierungen an, ob ein Energiesektor effizient funktioniere.

Im Russland wird die Effizienz staatlicher Förderunternehmen durch drei Faktoren herabgesetzt. Erstens fehlt den Unternehmen organisatorische Stabilität als

Folge regelmäßiger struktureller »Reformen« und Personalwechsel. Zweitens bürdet die Regierung den Unternehmen Aufgaben auf, die normalerweise nicht in ihr Kerngeschäft fallen, wie z. B. regulatorische Aufgaben und die Bereitstellung von subventionierten Leistungen für die Industrie und soziale Institutionen. Dadurch wird die wirtschaftliche Leistungskraft der Unternehmen gravierend beeinträchtigt. Drittens dienen Staatsunternehmen oft als »Selbstbedienungsladen« für die politischen Eliten, die eigentlich mit der Überwachung der Firmen beauftragt sind. Ein Bericht des Warschauer Zentrums für Oststudien kommt zu dem Ergebnis: "The process of Gazprom's assets being taken over by private companies and business partners from within Vladimir Putin's closest circle is underway." Neben Gazprom und Rosneft, die von der föderalen Regierung kontrolliert werden, ist auch das unter Kontrolle der Regionalregierung in Tatarstan stehende Erdölunternehmen Tatneft ein herausstechendes Beispiel für die negativen Aspekte von Staatsunternehmen.

Verwaltung der Rohstoffeinnahmen

Umfangreiche Zuflüsse von Devisen durch den Export von Rohstoffen machen die Haushaltssituation einer Volkswirtschaft höchst abhängig von teilweise sehr volatilen Weltmarktpreisen. Um für Zeiten des Preisverfalls gerüstet zu sein und um den Anstieg der Geldmenge durch den Devisenzufluss zu begrenzen (Gefahr der »holländischen Krankheit«), wurden vielfach Staatsfonds (sovereign oder national wealth funds) gegründet. Sie stellen eines der Hauptinstrumente zur Verwaltung der Devisenzuflüsse dar, die durch Rohstoffexport erzielt werden.

Russland hat einen solchen Staatsfond während der ersten Amtszeit von Präsident Putin erfolgreich eingerichtet. Der Fonds, welcher 2008 in zwei separate Fonds aufgeteilt wurde, hat eine beträchtliche Summe akkumuliert (siehe Grafik 2), während gleichzeitig die Staatsschulden stark abgebaut wurden (Grafik 3). Gemeinsam haben die beiden Fonds dazu beigetragen, offensichtliche Symptome der »holländischen Krankheit« abzuwehren und, möglicherweise sogar wichtiger, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise von 2008–09 auf die nationale Volkswirtschaft abzumildern.

Ein Team aus Technokraten hat die akkumulierten Einnahmen gegen die Ansprüche politischer Interessengruppen verteidigt. Trotz der ineffizienten und korrupten Staatsbürokratie können Politikentscheidungen in Russland erfolgreich umgesetzt werden, sofern diese direkt vom Präsidenten/Premierminister unterstützt und von einer kleinen Gruppe von Technokraten durchgeführt werden.

Weitere resource challenges

Die oben beschriebenen resource challenges können alle erdöl- und erdgasproduzierenden Länder treffen. Sie

sind für die Länder der ehemaligen Sowjetunion nur insofern spezifisch, als dass sie dort besonders dringlich sind; dort musste nicht nur die spezielle Gesetzgebung für die Erdöl- und Erdgasindustrie, sondern die gesamte Gesetzgebung und Staatsverwaltung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien neu geschaffen werden.

Zwei weitere resource challenges sind für Russland ebenfalls relevant. Die erste resource challenge ist typisch für den post-sowjetischen Raum: Da sich die meisten Förderstätten im Inland bzw. weit entfernt von internationalen Schifffahrtswegen befinden, sind post-sowjetische Erdöl-/ Erdgasproduzenten einige der wenigen, die stark von internationalen Exportpipelines abhängig sind. Das hat bedeutende Konsequenzen. Da es sich bei Exportpipelines um sehr langfristige Projekte handelt, hängen sie von der strategischen Kooperation sowohl mit Konsumentenländern als auch mit Transitländern ab. Daher haben Entscheidungen über den Bau von Exportpipelines immer auch eine geopolitische Dimension und sind Teil der Außenpolitik eines Landes.

Eine weitere wichtige resource challenge für Russland ist die Verbesserung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes. Zum einen ist zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Regulierung der Erdöl- und Erdgasindustrie und der Anpassungsprozess an höhere Weltmarktpreise (verbunden mit einem Ressourcennationalismus) weitgehend abgeschlossen. Von daher haben die Herausforderungen, die von der Regulierung des Energiesektors ausgingen, an Wichtigkeit verloren; andere Herausforderungen werden nun als dringlich empfunden. Zum anderen hat der Ölboom der 2000er Jahre die russischen Staatsfonds stark anwachsen lassen, eine Entwicklung, die die Erwartungen der Bevölkerung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen stark geschürt hat. Öffentlicher Druck ist in Russland deutlich spürbar. Obwohl die Regierung öffentliche Proteste zu unterbinden versucht, sind diese trotzdem möglich, wie die letzten Monate gezeigt haben.

Daher hat die russische Regierung einige populistische Transferleistungen für die Bevölkerung ins Leben gerufen (siehe auch Grafiken 4 und 5). Es sind aber auch Versuche unternommen worden, langfristige Projekte zur Verbesserung der sozioökonomischen Entwicklung zu erarbeiten. Bereits Mitte der 2000er Jahre begann Russland vier aus Mitteln der Staatsfonds finanzierte sogenannte nationale Projekte, die sich vor allem auf Infrastrukturprobleme konzentrieren. Zudem versucht die Regierung, die Modernisierung der Wirtschaft als Mittel zur Diversifizierung weg vom Rohstoffsektor voranzutreiben. Der Erfolg dieser langfristigen Strategien ist allerdings sehr gering. Das Haupthindernis sind Ineffizienz und Korruption in der Staatsbürokratie.

Politische Ziele

Russland hat sich als relativ effizient in der Bearbeitung von resource challenges erwiesen, sofern diese klar definierte und begrenzte Aufgaben technokratischer Natur darstellten, wie z. B. die Regulierung ausländischer Direktinvestitionen und die Verwaltung der Staatsfonds. Darum war es Russland möglich, die Erdöl- und Erdgasproduktion zu stabilisieren und die gravierendsten Symptome der »holländischen Krankheit« zu vermeiden.

Sobald die politischen Eliten allerdings in diese Aktivitäten eingreifen, entstehen ernsthafte Governanceprobleme, die in einer verringerten Effizienz und Nachhaltigkeit der getroffenen Politikentscheidungen und Regulierungen resultieren, sowohl bei den staatlichen Energieunternehmen als auch im sozialen Bereich. Auch die Beziehungen Russlands zu ausländischen Investoren haben darunter gelitten.

Bezogen auf das Ziel, die öffentliche Wohlfahrt zu fördern, weist Russland im Umgang mit dem Ölboom starke Defizite auf. Für die russischen Eliten scheint aber vielmehr der wahre Maßstab die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und die Steigerung persönlichen Reichtums und persönlicher Macht zu sein.

Das relativ stabile politische Umfeld unter Präsident Putin hat die Herausbildung größerer Elitennetzwerke ermöglicht, wobei oft zwischen Oligarchen und Siloviki unterschieden wird; ihre Zusammensetzung ist allerdings wesentlich komplexer. Es scheint, dass sich vielschichtige Patronagenetzwerke entwickelt haben, welche helfen, die politische Führung zu stabilisieren, indem potentielle Opponenten kooptiert werden. Diese Netzwerke, die in die verfassungsmäßigen Institutionen ausstrahlen und auf der Logik des meist bilateralen Austausches zwischen Patron und Klient basieren, spielen eine entscheidende Rolle für die Regimestabilität in Russland. Obwohl Rohstoffeinnahmen keine Vorbedingung für die Bildung von Patron-Klient-Beziehungen in der Politik darstellen, dienen die enormen Einnahmen aus dem Erdöl-/Erdgasboom durchaus dazu, diese Netzwerke attraktiver und dauerhafter zu machen und sie in die Lage zu versetzen, sich auszubreiten und breitere Schichten der Gesellschaft einzubinden.

Über die Autoren

Dr. Andreas Heinrich und Dr. Heiko Pleines arbeiten an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Beide sind Experten für die Energiepolitik in der ehemaligen Sowjetunion. Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des von der Volkswagen Stiftung geförderten Forschungsprojekts »Energiesektor und politische Regimestabilität im Kaspischen Raum. Kasachstan und Aserbaidschan in vergleichender Perspektive«, welches von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen zwischen 2009 und 2011 durchgeführt wurde.

Lesetipps

- Gel'man, Vladimir/ Marganiya, Otar (eds) (2010): Resource curse and post-Soviet Eurasia. Oil, gas, and modernization, Lexington Books: Lanham, MD.

Es ist nicht klar, inwieweit diese Netzwerke von der politischen Führung aktiv und bewusst geschaffen wurden oder inwieweit die politische Führung lediglich darin gescheitert ist, Elitengruppen daran zu hindern, sich zu bereichern. Diese Unklarheit ändert aber nichts an der Natur dieser Netzwerke. Obwohl die verschiedenen in den Netzwerken involvierten Gruppen häufig untereinander konkurrieren, betrachten sie doch alle den Präsidenten/Premierminister als ihren Patron und sind gewillt, ihm Loyalität und Unterstützung im Gegenzug für den Zugang zu öffentlichen Ämtern und Staatseigentum zu gewähren.

Daher sind die oben beschriebenen Governance-schwächen (bezüglich der Förderung der öffentlichen Wohlfahrt) möglicherweise genau das, worauf es der Patron anlegt. Einerseits erlauben es die ineffiziente Verwaltung und die häufige politische Einflussnahme auf die Führung staatlicher Erdöl- und Erdgasunternehmen, Rohstoffeinnahmen für Patronagenetzwerke zur Verfügung zu stellen. Andererseits garantiert die Abschirmung der Verwaltung der Rohstoffeinnahmen durch die Staatsfonds von diesen Patronagenetzwerken, dass auch in der Zukunft Ressourcen zu verteilen sein werden. Gleichzeitig soll die Verwendung kleiner Teile des Rohstoffreichtums für Projekte, die der Allgemeinheit zugutekommen, verhindern, dass ernsthafte politische Proteste entstehen.

Diese Feststellungen haben zwei wichtige Implikationen. Erstens sind die wahren Herausforderungen für post-sowjetische Rentierstaaten nicht der Mangel an Governancekapazitäten, wie der Wohlfahrtsansatz vermuten lassen würde. Die wahre Herausforderung ist vielmehr das Patronagesystem, welches schwache Governance bewusst fördert, so dass Eliten dies zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen können. Zweitens ist die Argumentation, dass das bestehende Governancesystem nicht tragbar ist, da es ineffizient und verschwenderisch mit den Finanzflüssen umgeht, nicht haltbar: Tatsächlich haben die politischen Führungen in den post-sowjetischen Rentierstaaten die Ressourcen sehr effizient genutzt, um weitreichende und tragfähige Patronagenetzwerke zu entwickeln, die in der Lage sind, die politische Stabilität in diesen Ländern aufrechtzuerhalten.

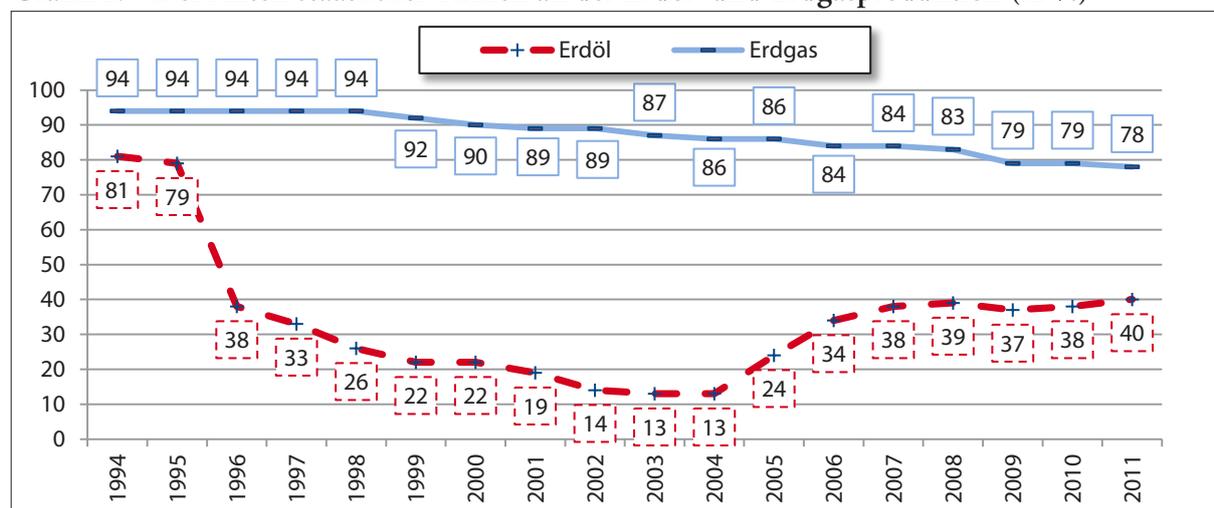
Fortsetzung auf der nächsten Seite

- Heinrich, Andreas (2011): Challenges of a resource boom. Review of the literature. Bremen: Research Centre for East European Studies (Working Papers of the Research Centre for East European Studies, No. 114), online abrufbar unter <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoap114.pdf>.
- Humphreys, Macartan/ Sachs, Jeffrey/ Stiglitz, Joseph (eds) (2007): Escaping the resource curse. New York: Columbia University Press.
- Paszyc, Ewa (2012): Gazprom's position on the Russian gas market weakening, Warsaw: Centre for Eastern Studies (OSW Commentary 2/2012), online abrufbar unter <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2012-02-23/gazprom-s-position-russian-gas-market-weakening>.

STATISTIK

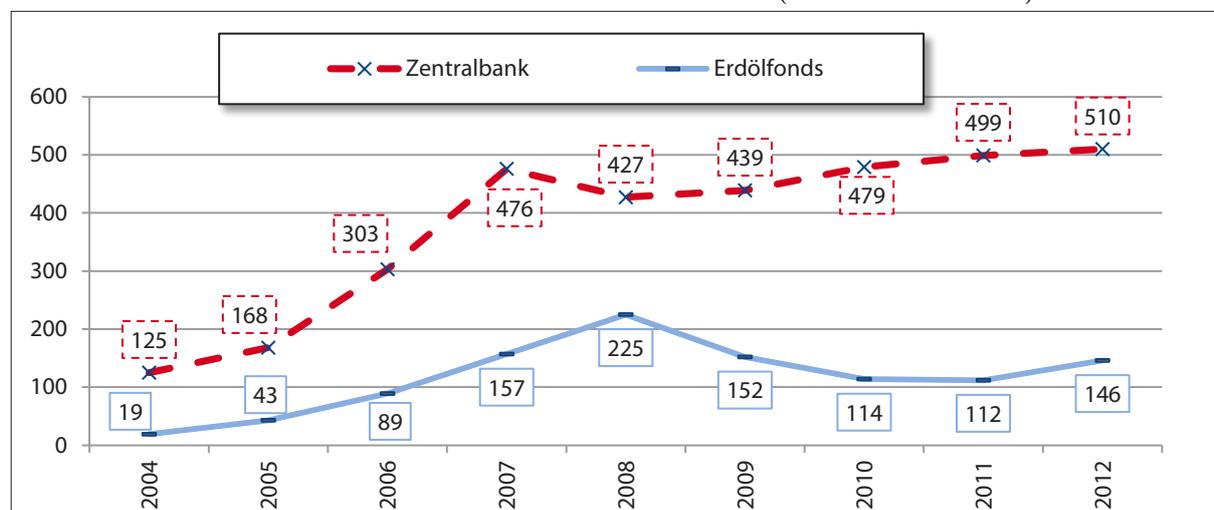
Die russische Erdöl- und Erdgasindustrie und ihr Einfluss auf die russische Wirtschaft

Grafik 1: Der Anteil staatlicher Firmen an der Erdöl- und Erdgasproduktion (in %)



Quelle: eigene Berechnungen nach Firmenangaben sowie den Zahlen für die Gesamtproduktion des Russischen Föderalen Dienstes für Statistik.

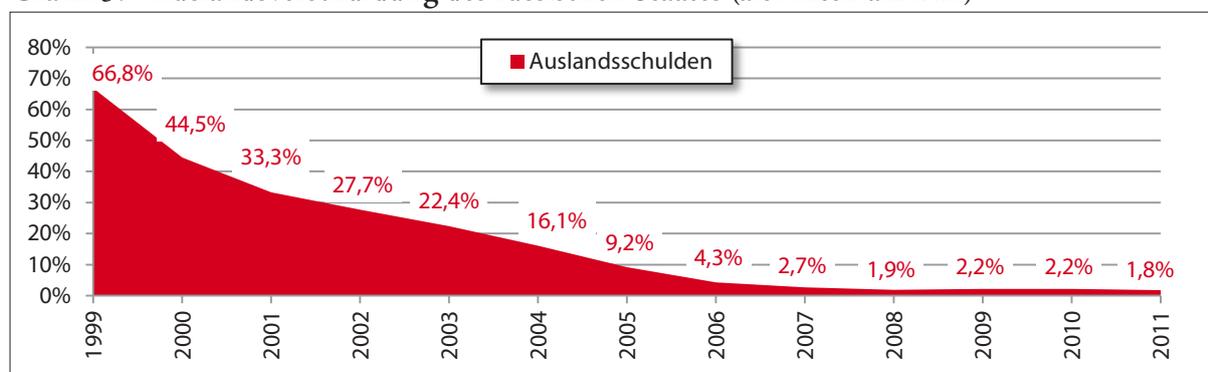
Grafik 2: Nationaler Erdölfonds und Zentralbankreserven (in Mrd. US-Dollar)



Anm.: Die Zahl für 2012 bezieht sich auf Mai.

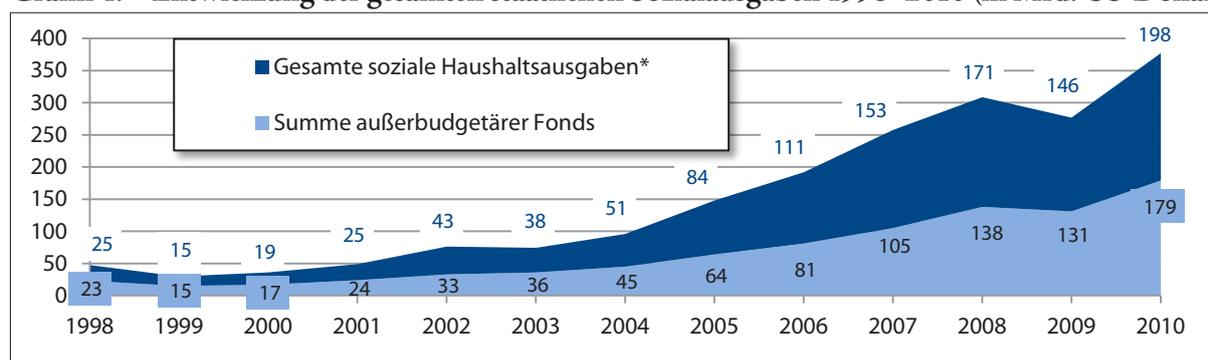
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 3: Auslandsverschuldung des russischen Staates (als Anteil am BIP)



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

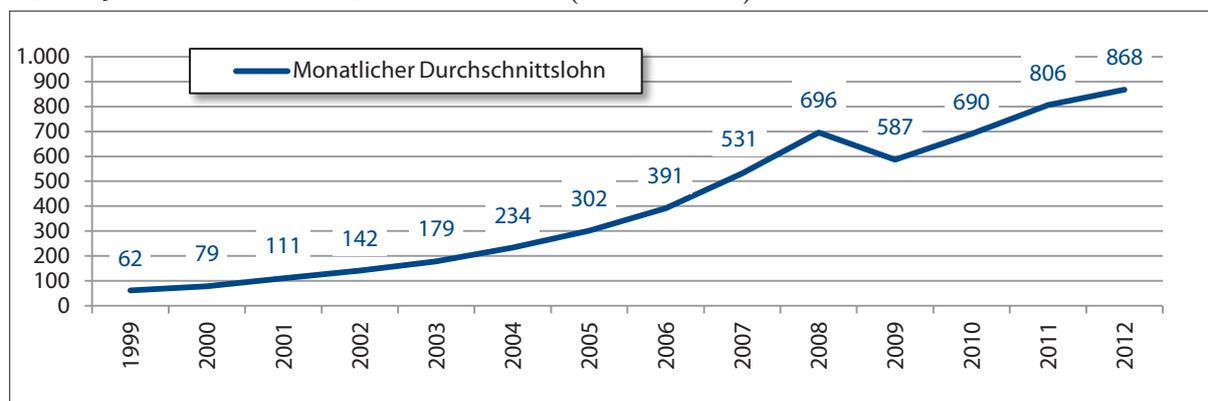
Grafik 4: Entwicklung der gesamten staatlichen Sozialausgaben 1998–2010 (in Mrd. US-Dollar)



* ohne innerbudgetäre Transfers (ab 2005 in der staatlichen Statistik enthalten)

Quelle: Roskomstat, Berechnungen von Dr. Jakob Fruchtmann, Forschungsstelle Osteuropa; Jahresdurchschnittskurs des USD: 1992–1994 Roskomstat, ab 1995: www.oanda.co, http://www.gks.ru/bgd/regl/b08_51/issWWW.exe/Stg/02-01.htm, http://www.gks.ru/bgd/regl/b04_51/issWWW.exe/Stg/d010/i010070r.htm, http://www.gks.ru/bgd/regl/b02_51/issWWW.exe/Stg/d010/i010050r.htm

Grafik 5: Monatliche Durchschnittslöhne (in US-Dollar)



Anm.: Die Zahl für 2012 bezieht sich auf April.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofi.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Die russische Berichterstattung zum zweiten »Marsch der Millionen« am 12. Juni 2012 in Moskau

Am 12.06.2012 fand in Moskau der zweite »Marsch der Millionen« statt. Nach Angaben der Sicherheitskräfte hatte die von oppositionellen Organisationen veranstaltete Demonstration, die in Moskau vom Puschkin-Platz bis zum Sacharow-Prospekt verlief, 18.000 Teilnehmer, nach Angaben der Organisatoren waren es ca. 100.000. Auf der Abschlusskundgebung wurde ein »Manifest des freien Russlands« verabschiedet, das die Freilassung politischer Gefangener, reale politische Reformen, Zugang der Opposition zu den zentralen Fernsehsendern sowie vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen fordert.

Mehrere Anführer der Oppositionsbewegung, darunter Ilja Jaschin, Aleksej Nawalnyj und Ksenja Sobtschak folgten einer Stunde vor Beginn der Demonstration den Vorladungen einer Untersuchungskommission, vor der sie bis kurz vor Ende der Demonstration als Zeugen der Ausschreitungen im Zuge der Demonstration am 6. Mai befragt wurden. Am Vortag hatte die Kommission Hausdurchsuchungen bei einem knappen Dutzend führender Oppositionsvertreter durchführen lassen.

Im Kreml fand zeitgleich zur Demonstration eine feierliche Zeremonie im Rahmen des »Tags Russlands« statt. Präsident Wladimir Putin zeichnete dort mehrere Personen für ihre herausragenden Leistungen in Wissenschaft und Technologie, Literatur und Kunst sowie für gesellschaftliches Engagement aus. Indirekt ging er auf die Oppositionsveranstaltungen in mehreren russischen Städten ein und betonte den »Wert einer evolutionären, nachhaltigen Entwicklung. Nicht zulässig ist alles, was das Land schwächt, die Gesellschaft entzweit.«.

Am 08.06.2012 hatte Präsident Putin ein verschärftes Gesetz zum Versammlungsrecht unterzeichnet, das direkt am Folgetag und damit vor dem zweiten »Marsch der Millionen« in Kraft getreten war. Nähere Informationen zu den Ereignissen im Umfeld der Demonstration finden sich in der Chronik am Ende der Ausgabe.

Im Folgenden wird in Auszügen die Berichterstattung der großen russischen Tageszeitungen zu den Ereignissen widergegeben.

Staatlicher Fernsehsender »1. Kanal«, Abendnachrichten 12.06.2012, 21:00

Oppositionskundgebung in Moskau verlief ohne besondere Vorkommnisse

In Moskau fand eine weitere Oppositionsveranstaltung statt – unter dem Motto »Marsch der Millionen«. Die angemeldete Teilnehmerzahl lag bei 50.000, de facto nahmen, nach Angaben der Moskauer Abteilung des Innenministeriums, ca. 20.000 Menschen teil. Unter diesen waren Vertreter politischer Kräfte, jene, die soziale Forderungen aufstellten, und wieder andere, die sich einfach nur so anzogen, um die Aufmerksamkeit sofort auf sich zu lenken. [...] Die Zusammensetzung der Teilnehmer war sehr bunt – von Aktivisten der Parteien »Jabloko«, »Gerechtes Russland« und der Kommunistischen Partei bis hin zu Anarchisten und Vertretern sexueller Minderheiten.

Quelle: <http://www.1tv.ru/news/polit/209313>.

Iswestija (Moskau), 12.06.2012

Der »Marsch der Millionen« verlief ohne Überraschungen

Petr Kozlow

Trotz der Erwartungen der Opposition kam es weder zur Anwendung des Versammlungsgesetz noch zu Provokationen und einem Anwachsen der Teilnehmerzahl am 12. Juni.

Quelle: <http://izvestia.ru/news/527277>

Kommersant (Moskau), 12.06.2012

Marsch der moderaten Million

Grigorij Tumanow, Oleg Kaschin

Gestern fand der zweite oppositionelle »Marsch der Millionen« in Moskau statt, der unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 18.000 und 40.000 Teilnehmer zusammenbrachte. Die Veranstaltung stellte sowohl die Organisatoren wie

auch das Bürgermeisteramt der Hauptstadt zufrieden: trotz der Erwartungen eines radikal eingestellten Teils der Opposition und der Staatsmacht kam es, im Vergleich zur Protestaktion am 6. Mai, zu keinen Zusammenstößen mit der OMON [Spezialpolizei]. Einem Sprecher der Moskauer Regierung zufolge sorgten die jüngst verabschiedeten Änderungen im Gesetz »Über Versammlungen« für Ordnung.

Quelle: <http://kommersant.ru/doc/1957363>

Der zweite »Marsch der Millionen« in Moskau, 12.06.2012



Foto: Christoph Laug

Rossijskaja Gaseta (Moskau), 13.06.2012

Vertrieben wurden weder die Wolken noch die Opposition

Konstantin Nowikov

Schon gegen halb Eins war der Platz vor dem Kino »Puschkinskaja« praktisch mit »aufgebrachten« Städtern gefüllt. Die Organisatoren gingen konsequent und gleichzeitig sehr kreativ die Organisation des Marsches an. Die Linken – Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Trotzlisten – gingen auf der linken Boulevardseite. Die rechten, nationalistischen Bewegungen folgten dementsprechend auf der rechten Seite. In der Mitte gingen die »allgemeinesellschaftlichen Aktivisten«. [...]

Jede Protestveranstaltung der vergangenen sechs Monate zeichnete sich durch eine eigene Farbe aus. Anfangs dominierten die weißen Bändchen der »aufgebrachten Städter« und der »Wählerliga«. Zum damaligen Zeitpunkt war dies erklärbar: die Teilnehmer drückten ihre Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Dumawahlen aus. Am 6. Mai dominierte die Farbe Rot. Die Mehrheit der Teilnehmer des ersten »Marsches der Millionen« erschien mit roten Fahnen. Gestern wurde der sozialistische Protest erneut durch einen allgemeinesellschaftlichen Protest abgelöst. Fahnen gab es wenige, die übergroße Mehrheit kam ohne jegliche Symboliken. Anzumerken ist zudem, dass zum ersten Mal auch Studentenorganisationen an der Protestveranstaltung teilnahmen. Bisher trat die Studentenschaft nur im Rahmen der einen oder anderen politischen Partei oder Bewegung auf. Gestern kam sie in selbständigen Kolonnen.

Quelle: <http://rg.ru/2012/06/12/marsh-site.html>

Komsomolskaja Prawda (Moskau), 12.06.2012

»Wir werden nicht nass, wir verzeihen nicht!«

Aleksandr Grischin

Der Umzug der Bewegung der »Weißen Bändchen« wurde von den Organisatoren als Schlussakkord vor der großen Sommerpause geplant. Folglich musste der Akkord für die Veranstalter gewaltig und kraftvoll ausfallen, statt schwächlich und erloschen. Die Frage der Fragen drehte sich um die erwartete Teilnehmerzahl – beeinflussen die Gesetzänderung

Lesben- und Schwulenvereinigungen neben nationalistischen Gruppen bei dem zweiten »Marsch der Millionen« in Moskau, 12.06.2012



Foto: Christoph Laug

[mit verschärften Strafen bei Verstößen gegen das Versammlungsrecht] sowie die am Vortag erfolgten Hausdurchsuchungen bei den Anführern der Opposition die Teilnehmerzahl. [...]

Die Demonstration zeigte, dass es keine grundlegende Veränderung der Teilnehmerzahl gab. Es kamen wohl etwas weniger Teilnehmer als am 6. Mai zusammen, ca. 20.000 konnten die Organisatoren aber gewinnen. Dies bestätigt ein weiteres Mal die These der Existenz eines stabilen und aktiven Kerns Protestbereiter, der bleiben wird, was auch immer unternommen wird.

Quelle: <http://www.kp.ru/daily/25897/2856403/>

Nowaja Gaseta (Moskau), 12.06.2012

Moskau. Nur ein Idiot mag denken, dass sich unsere Stadt einschüchtern lässt

Aleksej Polikowskij

Es kommen jene Leute, die man durch die Verabschiedung des drakonischen Versammlungsgesetzes abschrecken wollte. Es kommen zehntausende Menschen, die man durch die Festnahmen von Aktivisten und die Vorladungen von Nawalnij und Udalzew vor das Untersuchungskomitee abschrecken wollte. Nur ein Idiot mag denken, dass sich Moskau hierdurch einschüchtern lässt. Nur der Taube und Blinde, ohne Gespür für die Zeit, die die Uhr der Geschichte zeigt, mag denken, dass sich das Schmelzen des Gletschers aufhalten lässt, die Transformation des Volkes in eine Gesellschaft und die Bereitschaft der Menschen, auf die Straße zu gehen.

Quelle: <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53034.html>

Fahnen linker und rechter Demonstranten bei dem zweiten »Marsch der Millionen« in Moskau, 12.06.2012



Foto: Christoph Laug

Wedomosti (Moskau), 13.06.2012

In Putins Schneckenhaus

Andrej Kolesnikow

Es besteht eine, in der öffentlichen Meinung klar formulierte, Nachfrage nach einem Dialog der Staatsmacht mit der Protestbewegung. Die erste Person im Staat verweigert sich diesem Dialog. Ein anderes Thema ist, ob die Opposition zu einer adäquaten Diskussion fähig wäre. Dem verworrenen Manifest nach zu urteilen, das die Opposition zum 12. Juni vorbereitet hatte, noch nicht: das Ausmaß des Realitätssinns spiegelt sich in der Überzeugung wider, ein freiwilliger Rücktritt Putins sei möglich.

Für die Nachfrage der Gesellschaft steht also niemand bereit. Der »nationale Führer« zieht es vor, mit dem Genossen Cholmanskich [dem neuen Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten im Föderalbezirk Ural] und einer Fotografie Gandhis vor weißer Wand in Dialog zu treten. Putins Schneckenhaus schließt sich. Pro-forma bleiben Einrichtungen wie die »Agentur für Strategische Initiativen (ASI)« und die »Offene Regierung« erhalten. Die Opposition ist jedoch gezwungen, mit der OMON [Spezialpolizei] und den Untersuchungsbehörden in Dialog zu treten.

Quelle: http://www.vedomosti.ru/opinion/news/184311/rakovina_putina

Zusammengestellt und übersetzt von Christoph Laug

Der zweite »Marsch der Millionen« in Moskau, 12.06.2012



Foto: Christoph Laug

Vom 31. Mai bis zum 14. Juni 2012

31.05.2012	Franz Beckenbauer wird Botschafter der »Russischen Gasgesellschaft« (RGO) für sportliche Großveranstaltungen. Hauptanteilseigner der RGO ist Gazprom.
31.05.– 01.06.2012	Präsident Wladimir Putin trifft zum ersten Staatsbesuch nach seiner Inauguration in Minsk (Belarus) ein. Während des zweitägigen Staatsbesuchs werden alle Bereiche der Zusammenarbeit besprochen und mehrere Vereinbarungen getroffen.
01.06.2012	Präsident Wladimir Putin trifft zu Kurzbesuchen in Berlin und Paris ein. Im Zentrum der Gespräche mit Bundeskanzlerin Merkel stehen die Euro- und die Syrienkrise sowie die Energiebeziehungen. Im Anschluss daran trifft Putin mit Bundespräsident Joachim Gauck zusammen. In Paris empfängt ihn der neue Staatspräsident François Hollande.
01.06.2012	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt eine ehemalige Lehrerin wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubel (ca. 715 €). Die Lehrerin war Vorsitzende einer Wahlkommission und erklärte nach den Präsidentschaftswahlen am 4. März öffentlich, das Rayonsschulamt sowie die städtische Wahlkommission hätten sie zu Wahlfälschungen gezwungen. Sie verlor daraufhin ihre Stelle an der Schule und wurde von der Leiterin des Rayonsschulamtes wegen Verleumdung angeklagt.
02.06.2012	Präsident Wladimir Putin ernennt Anatolij Jakunin zum neuen Leiter der Innenbehörden in Moskau. Jakunin war zuvor Leiter des Innenministeriums im Gebiet Nowgorod.
03.– 04.06.2012	In St. Petersburg findet der 29. EU-Russland-Gipfel statt. Präsident Wladimir Putin leitet persönlich die russische Verhandlungsgruppe. Von europäischer Seite nehmen EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso, die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und weitere Beamte teil. Im Zentrum der Gespräche stehen die Zusammenarbeit im Bereich der Energie, die Erleichterung des Visaregimes, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen im Rahmen des russischen WTO-Beitritts, die Umsetzung der »Modernisierungspartnerschaft« und die Situation in Syrien und dem Iran.
04.06.2012	Ein Moskauer Gericht verurteilt Aleksej Nawalnyj, Jurist und bekannter Blogger, wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubel (ca. € 725). Wladimir Swirid, ein Dumaabgeordneter von »Einiges Russland«, hatte Nawalnyj wegen der von ihm geprägten Formel von der »Partei der Diebe und Gauner« angeklagt. Wladimir Burmatow, Abgeordneter von »Einiges Russland«, ruft seine Parteikollegen nach der Urteilsverkündung dazu auf, weitere Klagen gegen Nawalnyj anzustrengen.
04.06.2012	Michail Prochorow, Unternehmer und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, kündigt die Gründung einer »Partei der Bürgerplattform« an, die aus 500 Juristen bestehen und gesellschaftlichen Aktivisten vor allem in Großstädten als Plattform zur Wahlteilnahme dienen soll. Prochorow wird nicht Parteimitglied. Zudem schließt er, sollte er in den Vorwahlen gewinnen, nicht aus, bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau 2015 anzutreten.
04.06.2012	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Kurzbesuch in Taschkent (Usbekistan) ein. Bei einem Treffen mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow werden eine Erklärung zur Vertiefung der strategischen Zusammenarbeit sowie ein Memorandum über gemeinsame Schritte zum Beitritt Usbekistans in die Freihandelszone der GUS unterzeichnet.
04.06.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew stellt sich in einem einstündigen Live-Interview im Ersten Kanal den Fragen von Wladimir Posner. Medwedew erklärt, dass er mit allen seinen Ministern zufrieden sei, Präsident Wladimir Putin seine Vorschläge zu 100 Prozent unterstützt habe und die Präsidialadministration keine »Parallelregierung« sei. Dass seine Wahl zum Vorsitzenden von »Einiges Russland« nicht geheim und alternativ war, begründet er mit der bestehenden Parteisatzung. Die Ankündigung des Ämtertausches mit Putin im September 2011 würde er genauso wiederholen, den darauf folgenden Protest könne er emotional, nicht aber juristisch verstehen. Seine Schwäche: übermäßige Härte; sein Charakter: Beharrlichkeit; seine Tugenden: Ehrlichkeit und Genauigkeit; Unverzeihlich seien für ihn: Lüge und Verrat.

05.06.2012	Die Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung die Novelle zum Versammlungsgesetz. Die zweite Lesung zog sich über elf Stunden, da Abgeordnete der Kommunistischen Partei und von »Gerechtes Russland« aus Protest gegen das Gesetz fast 400 Änderungsanträge einbrachten. Das Gesetz sieht u. a. die Einrichtung ausgewiesener Demonstrationssorte in jedem Föderalsubjekt vor. Die Maximalstrafe bei Verletzung der Versammlungsvorschriften erhöht sich auf 300.000 Rubel (ca. € 7.400) (im ersten Entwurf noch 1,5 Mio. Rubel, ca. € 37.000), für Amtspersonen auf 600.000 Rubel (ca. € 15.000). Die Überschreitung der angemeldeten Teilnehmerzahl kostet die Organisatoren nun bis zu 50.000 Rubel (ca. € 1.200). Zudem wird ein Vermummungsverbot eingeführt. Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrates beim Präsidenten, bat die Parlamentarier vergeblich, das Gesetz zu überarbeiten, da es in vielen Punkten russischen Gesetzen widerspreche. Andrej Worobjow, Vorsitzender der Dumafraktion von »Einiges Russland«, erklärt nach der Verabschiedung des Gesetzes: »Heute wurde ein Gesetzesprojekt verabschiedet, das allen europäischen Normen entspricht und das die Logik des demokratischen Charakters unserer Transformation fortsetzt«. Vor der Staatsduma demonstrieren mehrere Vertreter der Partei Jabloko, ca. 70 Personen werden vorübergehend festgenommen.
05.– 06.06.2012	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Peking ein. Putin und sein Amtskollege Hu Jintao unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der russisch-chinesischen Zusammenarbeit. Ihr zufolge wird in den Bereichen Energie, Industrie, innovative Technologien und Tourismus ein Ausbau der Kooperation angestrebt.
06.06.2012	Der russische Föderationsrat verabschiedet die Novelle zum Versammlungsgesetz. Der Menschenrechtsrat beim russischen Präsident hatte um Ablehnung des Gesetzes gebeten. Im Zentrum Moskaus demonstrieren erneut ca. 100 Personen aus dem Umfeld der Partei »Jabloko« gegen das Gesetz, ca. zehn Personen werden festgenommen.
06.06.2012	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt Walerij Michajlow, ehemaligen Oberst des Inlandsgeheimdienstes (FSB), wegen Hochverrats zu 18 Jahren Haft, Aberkennung seines Ranges und Konfiszierung seines Eigentums. Michajlow soll zwischen 2001 und 2007 streng vertrauliche Dokumente des FSB für die Staatsführung an den CIA weitergegeben haben.
06.06.2012	Waldbrände in der Republik Tuwa. Bei Löscharbeiten kommen acht Feuerwehrmänner ums Leben.
06.– 07.06.2012	Wladimir Putin nimmt am Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Peking teil. Die Staatsefs von China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan unterzeichnen eine Deklaration zur Schaffung einer Region des langfristigen Friedens und der gemeinsamen Prosperität sowie Abkommen über Reaktionsmechanismen bei Sicherheitsgefahren und eine weitere Zusammenarbeit beim Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Afghanistan wird Beobachter, die Türkei Dialogpartner der SOZ. Ab Januar 2013 wird Dmitrij Mesenzew, bis Mai dieses Jahres Gouverneur im Gebiet Irkutsk, Generalsekretär der SOZ.
07.06.2012	Präsident Wladimir Putin gründet per Erlass einen Rat für interethnische Beziehungen beim Präsidenten, der die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Staatsorganen, den Staatsorganen der Föderationssubjekte, den Selbstverwaltungsorganen, gesellschaftlichen Vereinigungen sowie wissenschaftlichen und anderen Organisationen bei Fragen der zwischennationalen Beziehungen unterstützen soll. Putin leitet den Rat, Stellvertretender Leiter wird Wjatscheslaw Wolodin, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration.
07.06.2012	Michail Chodorkowskij, 2003 wichtigster Anteilseigner des Mineralölkonzerns Jukos, beantragt beim Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Wjatscheslaw Lebedew, eine Revision des zweiten Verfahrens gegen ihn, das 2010 zu einer erneuten Verurteilung geführt hatte.
08.06.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Jushno-Suchokumsk (Dagestan) werden acht mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
08.06.2012	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet das von Duma und Föderationsrat verabschiedete verschärfte Gesetz über Strafen bei Verstößen gegen das Versammlungsrecht. Es tritt am 9. Juni in Kraft. Die Bestimmungen zur gemeinnützigen Arbeit anstelle von Geldstrafen treten jedoch erst Anfang 2013 in Kraft.

08.06.2012	Die Moskauer Stadtverwaltung einigt sich in letzter Minute mit Oppositionsvertretern über die Demonstrationsroute für den 2. »Marsch der Millionen« am 12. Juni. Vom Moskauer Puschkin-Platz bis zum Sacharow-Propekt werden 50.000 Teilnehmer genehmigt.
09.– 10.06.2012	Ein FSB-General wird im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) bei der Explosion seines Autos durch einen Sprengsatz getötet. Bei dem darauf folgenden Sondereinsatz werden drei mutmaßliche Täter getötet, drei Polizisten werden bei dem Einsatz verletzt.
10.06.2012	Das russische Untersuchungskomitee nimmt fünf weitere Teilnehmer des »Marsches der Millionen« vom 6. Mai in Moskau fest. Ihnen wird die Beteiligung an Ausschreitungen während der Demonstration vorgeworfen. Die Zahl der Festgenommenen steigt somit auf 12 Personen.
10.06.2012	Die Bürgermeisterwahlen in Krasnojarsk gewinnt Edcham Akbulatow, Kandidat der Partei »Einiges Russland« und bisher die Amtsgeschäfte ausführend, mit 69,4 % der Stimmen. Aleksej Podkorytow, unabhängiger Kandidat, erzielt ca. 12 %, Aleksandr Koropotschinskij, gemeinsamer Oppositionskandidat der Partei »Gerechtes Russland«, erhält ca. 11 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei ca. 21 %.
11.06.2012	Die russische Untersuchungskommission veranlasst Hausdurchsuchungen bei ca. zehn bekannten Oppositionellen, unter diesen Aleksej Nawalnyj, Sergej Udalzew, Ilja Jaschin und Ksenja Sobtschak im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 6. Mai 2012. Bei den Durchsuchungen kam es zu teils groben Gesetzesverstößen.
11.06.2012	Präsident Wladimir Putin bestätigt Wladimir Koshin in seiner Position als Geschäftsführer des Präsidialamts, die er seit 2000 innehat.
11.– 12.06.2012	Im Gebiet Orenburg kommt es bei einem Brand auf einem Militärgelände zur Explosion von Munition. 700 Personen werden aus umliegenden Dörfern evakuiert und mehr als 700 Personen zum Löschen abkommandiert. Zwei Soldaten werden leicht verletzt.
12.06.2012	In Moskau findet der zweite »Marsch der Millionen« statt. Nach Angaben der Sicherheitskräfte nehmen an der Oppositionsdemonstration vom Puschkin-Platz bis zum Sacharow-Prospekt 18.000, nach Angaben der Organisatoren, ca. 100.000 Teilnehmer teil. Auf der Abschlusskundgebung wird ein »Manifest des freien Russlands« verabschiedet, das die Freilassung politischer Gefangener, reale politische Reformen, Zugang der Opposition zu den zentralen Fernsehsendern sowie vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen fordert. Den Tag über werden erneut oppositionelle Medien durch DDos-Attacken beeinträchtigt, darunter »Echo-Moskau«, »Doshd« und »Nowaja Gaseta«. Mehrere Anführer der Oppositionsbewegung, darunter Ilja Jaschin, Aleksej Nawalnyj und Ksenja Sobtschak folgen einer Stunde vor Beginn der Demonstration den Vorladungen der Untersuchungskommission. Sie werden als Zeugen der Ausschreitungen am 6. Mai befragt und erst kurz vor Ende der Demonstration entlassen. Auch in St. Petersburg finden zwei Protestveranstaltungen mit ca. 1.500 und 2.500 Teilnehmern statt.
12.06.2012	Boris Nemzow, Oppositionspolitiker, erhält während der Oppositionsdemonstration eine Vorladung der Untersuchungskommission. Im Anschluss an die Veranstaltung wird seine Wohnung in Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 6. Mai durchsucht. Weiterhin wird das Büro von »RosPil« durchsucht, eine von Aleksej Nawalnyj gegründete Organisation zur Aufdeckung von Korruptionsfällen.
12.06.2012	Im Kreml findet eine feierliche Zeremonie im Rahmen des »Tags Russlands« statt. Wladimir Putin zeichnet mehrere Personen für ihre herausragenden Leistungen in Wissenschaft und Technologie, Literatur und Kunst sowie für gesellschaftliches Engagement aus. Indirekt geht er auf die gleichzeitig stattfindende Oppositionsveranstaltungen in mehreren russischen Städten ein und betont den »Wert einer evolutionären, nachhaltigen Entwicklung. Nicht zulässig ist alles, was das Land schwächt, die Gesellschaft entzweit. [...] Scharfe Diskussionen sind die Norm für ein freies und demokratisches Land, und eben diese Richtung hat unser Volk gewählt«.
13.06.2012	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte in Perwomajsk (Kabardino-Balkarien) werden drei Untergrundkämpfer getötet.

13.06.2012	Dmitrij Muratow, Chefredakteur der »Nowaja Gaseta«, veröffentlicht einen offenen Brief an Generaloberst Aleksandr Bastrykin, Leiter des Untersuchungskomitees der russischen Staatsanwaltschaft, in dem er eine Sicherheitsgarantie für die Redaktionsmitarbeiter der Zeitung fordert. Bastrykin hatte den Stellvertretenden Chefredakteur Sergej Sokolow nach einer Veröffentlichung bedroht.
13.06.2012	Wasilij Jakimenko, Gründer der kremltreuen Jugendbewegung »Naschi«, wird auf eigenen Wunsch vom Vorsitz der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten entbunden.
13.06.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ernennt den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wladislaw Surkow zum Vorsitzenden der Kommission für Fernsehen und Rundfunk.
13.06.2012	Vor dem Untersuchungskomitee bezüglich der Vorwürfe gegen Sergej Sokolow, Stellvertretender Chefredakteur der »Nowaja Gaseta«, werden fünf Journalisten, unter anderem von »Echo Moskau«, »Nowaja Gaseta« und der »Komsomolskaja Prawda« kurzzeitig festgenommen. Sie hatten gegen die Bedrohung Sokolows durch Aleksandr Bastrykin, den Leiter des Untersuchungskomitees, protestiert. Sokolow hat Russland inzwischen aus Sicherheitsgründen verlassen.
14.06.2012	Sergej Udalzew (»Linke Front«) gibt gekannt, dass ein weiterer russlandweiter oppositioneller »Marsch der Millionen« für den 15. September geplant ist.
14.06.2012	Bei dem Einsturz der Decke in einem Schacht bei Kemerowo im Kusbass kommt ein Bergmann ums Leben. Vier weitere werden verletzt.
14.06.2012	Aleksandr Bastrykin, Vorsitzender der Untersuchungskommission, entschuldigt sich bei einem Treffen mit Dmitrij Muratow, Chefredakteur der Nowaja Gaseta, für die Drohungen gegen dessen Stellvertretenden Chefredakteur Sergej Sokolow. In Anwesenheit weiterer Journalisten wird der Streit beigelegt.
14.06.2012	Wladimir Putin erklärt auf einer Festveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen der russischen Luftstreitkräfte, dass diese bis zum Jahr 2020 600 neue Flugzeuge sowie 1.000 neue Hubschrauber erhalten würden. Hierfür würden ca. 25 % der Rüstungsausgaben bis 2020 aufgewendet.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de